



BERICHT AUS DEM LANDTAG - AUSGABE DEZEMBER 2019

Thüringer Kommunen an Rekordüberschüssen beteiligen und Investitionen ermöglichen

Mit einem gemeinsamen Gesetzesentwurf wollen die Landtagsfraktionen von CDU und FDP die Thüringer Kommunen an den Rekordüberschüssen der Landeskasse beteiligen. „Die Thüringer Kommunen leiden noch immer unter den Kürzungen der Schlüsselmasse im kommunalen Finanzausgleich in den Jahren 2015 bis 2019. Das wollen wir ändern“, begründete der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring die Gesetzesinitiative. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Thomas L. Kemmerich erklärte, so mehr Investitionen in den Kommunen ermöglichen zu wollen. „Wir stehen fest an der Seite der Kommunen“, bekräftigte Kemmerich. Zuvor hatten beide Fraktionen in ihren heutigen Sitzungen jeweils einstimmig einen

entsprechenden Gesetzesentwurf beschlossen. Konkret vorgesehen ist, 168 Millionen aus der allgemeinen Rücklage zu entnehmen. Die Mittel sollen kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städten und Landkreisen als zusätzliche Investitionspauschale für das Jahr 2020 zur Verfügung gestellt werden. „Wegen bürokratischer Hürden drohen für 2019 eingeplante Landesmittel in signifikanter Höhe nicht abzufließen“, erklärte Kemmerich.



Tiefensee sieht Revitalisierung des Porzellanwerks als schwierig an



Bereits mehrfach hinterfragte Landtagsabgeordneter Andreas Bühl (CDU) den weiteren Umgang mit dem langsam verfallenden Porzellanwerksgelände in Ilmenau. Hierzu hatte der Ilmenauer Stadtrat eine Studie beauftragt, die von Landesentwicklungsgesellschaft und Stadt finanziert wurden. Im Ergebnis habe der nun geschäftsführende Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) im August geantwortet, dass eine Entscheidung der Landesregierung zum Porzellanwerk mit Blick auf die zur Verfügung stehenden

finanziellen Mittel vorbereitet werden soll, so Bühl. Gleich in der zweiten Sitzung des neu gewählten Landtags, ist der Abgeordnete darauf zurückgekommen und fragt nach dem aktuellen Stand. Als positives Ergebnis der Studie sieht Tiefensee, dass die Flächen grundsätzlich vielfältig nutzbar seien. Doch sei eine Nachnutzung schwierig und teuer. Jede Entwicklungsmaßnahme würde deutlich mehr kosten, als sie im Wiederverkauf der Fläche einbringen würde. Außerdem sei der bisherige Eigentümer verantwortlich, sodass die darauf lastenden Schulden und die Insolvenz zusätzliche Probleme mit sich bringen, so Wirtschaftsminister Tiefensee.

Verwundert war Bühl über die Aussage des Wirtschaftsministers, dass bisher keinerlei Rückschlüsse der Stadt Ilmenau zur Studie beim Wirtschaftsministerium bekannt seien. Deshalb gäbe es auch keine Entscheidung der Landesregierung, da diese nur in Abstimmung mit der Stadt erfolgen solle, so Tiefensee. „Wir haben die Studie bereits vor Wochen in den städtischen Gremien diskutiert. Ich kann mir kaum vorstellen, dass die Stadtverwaltung dies nicht weiter kommuniziert hat.“, sagte Andreas Bühl, der auch Mitglied des Stadtrates ist.

„Bei allen Herausforderungen, die eine Revitalisierung des Industriegebiets mit sich bringt, sollten doch die Chancen im Vordergrund stehen. Deshalb rufe ich dazu auf, Bedenken nicht zu nutzen, um Entwicklungen auf dem Porzellanwerksgelände auszubremsen. Ohne eine erhebliche Beteiligung des Landes, ist die Maßnahme für die Stadt nicht finanzierbar. Hierzu ist ein klares Bekenntnis des Wirtschaftsministeriums nötig.“, sagt Bühl. Er wird erneut anfragen, sobald klar ist, wer in Zukunft die Leitung des Wirtschaftsministeriums übernehmen werde.

Kinderrechte und Elternrechte nicht gegeneinander ausspielen

Bereits in der Formulierung der Aktuellen Stunde seitens der AfD-Fraktion, wurde deutlich, dass hier versucht wird, Kinderrechte und Elternrechte gegeneinander auszuspielen.

„Das ist weder auf Bundesebene noch hier im Land unser Ziel“, so der jugendpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Andreas Bühl in der Debatte. So führe die Stärkung von Kinderrechten und deren ausdrückliche Verankerung im Grundgesetz nicht zwangsläufig zu einer Schwächung der Elternrechte. „Die Panikmache der AfD-Fraktion ist hier völlig überflüssig.“ Bühl verwies ferner auf die sehr

gelungene Formulierung, die die Thüringer Verfassung in diesem Bereich treffe. Danach haben Kinder und Jugendliche das Recht auf eine gesunde geistige, körperliche und psychische Entwicklung. Sie sind vor körperlicher und seelischer Vernachlässigung, Misshandlung, Missbrauch und Gewalt zu schützen. Diese Bestimmung hebt weder das elterliche Sorgerecht noch die Erziehungspflicht der Eltern aus, sondern ergänzt diese sinnvoll.



Andreas Bühl
Mitglied des Thüringer Landtags

Bürgerbüro: Schwanitzstraße 11, 98693 Ilmenau | kontakt@andreasbuehl.de | www.andreasbuehl.de